

Februar 2021

Jahresbericht 2020 der Fachinformationsstelle Rechtsextremismus in München (FIRM)

Schwerpunkttätigkeit der Fachinformationsstelle Rechtsextremismus München (FIRM) ist die Recherche, Dokumentation und Information zu extrem rechten, rechtspopulistischen, ultranationalistischen und anderen Aktivitäten gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, sowie zu Organisationen und Strukturen in diesem Feld. Hierbei gilt es, Multiplikator*innen, Zivilgesellschaft, Medien, städtische Verwaltung und Kommunalpolitik über aktuelle Entwicklungen in unserer Stadt zu informieren und für die Thematik zu sensibilisieren. Online-, Print- und "Vor-Ort" Recherchen machen dabei einen Großteil der täglichen Arbeit der FIRM aus und bilden die Grundlage unserer Informationstätigkeit.

Die **Online-Recherche** (Internetauftritte, Soziale Medien, Kommentarspalten, YouTube) wird immer zeitintensiver und umfangreicher. Neben den Seiten neonazistischer Organisationen wurden Seiten von Verschwörungsideolog*innen, Reichsbürger*innen und extrem rechten Parteien und Gruppierungen beobachtet, archiviert und ggf. zur juristischen Prüfung weitergeleitet. Die Verschärfung des Klimas in den rechten Echokammern im Netz ist spürbar. Die Bedeutung des Internets für die extreme Rechte hinsichtlich Propaganda wie Organisierung ist kaum zu überschätzen. Die **Printmedien** sind weiterhin wichtiger Bestandteil einer Informationsbeschaffung, welche ein umfassendes Bild der extremen Rechte zum Ziel hat. Wir werten daher regelmäßig eine Reihe zentraler Printmedien, insbesondere die Münchner Lokalpresse, aber auch Pressemitteilungen der Münchner Polizei sowie der Bundespolizei und anderer Behörden, aus.

Die FIRM recherchierte aber auch 2020 wieder **direkt vor Ort** bei Kundgebungen, Demonstrationen, Infoständen und Veranstaltungen aus dem extrem rechten, rechtspopulistischen, religiösfundamentalistischen und ultranationalistischen Spektrum. Der Kommunalwahlkampf und die durch die staatlichen Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie entstandene Protestbewegung der sog. "Corona-Rebellen" bzw. "Querdenker" führten zusätzlich zu zahlreichen Aktivitäten. FIRM dokumentierte 2020 rund 160 Versammlungen im öffentlichen Raum.

Zur Vor-Ort-Recherche gehört auch der Besuch von **Gerichtsprozessen**, in denen rechtsmotivierte Delikte verhandelt werden. Aus Anklageschriften und Aussagen von Angeklagten und Zeug*innen ergeben sich häufig Informationen über Strukturen rechtsextremer Organisationen und Netzwerke sowie detaillierte Informationen über Art und Umfang von rechtsextremen Vorfällen in München.

Die so **gewonnenen Erkenntnisse** gehen ein in unsere Dokumentations- und Informationsarbeit, in Form von **Fachvorträgen**, dem **Internetprojekt "Muenchen-Chronik.de"** oder in die Erstellung von **Flugblättern**. Außerdem wurden wieder **Workshops** und **Informationsgespräche** mit und für **Multiplikatoren*innen** und **kommunale Verwaltung** durchgeführt. Auch in den von FIRM besuchten **Gremien** geben wir unsere Informationen in Form von Kurzberichten weiter. FIRM nimmt regelmäßig an Treffen des Netzwerks Demokratische Bildung, des kommunalen Fachnetzwerkes und den Treffen der Bezirksausschuss (BA)-Beauftragten gegen Rechtsextremismus teil.

Durch die **Kooperation** mit der Antifaschistischen Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e. V. (a.i.d.a.) stehen der FIRM des Weiteren rund **10.000 Bücher, Broschüren und Zeitschriften sowie**

weiteres Material zur Recherche und Information zur Verfügung. Über die FIRM ist dieses Angebot auch einem Fachpublikum zugänglich. Vor allem Studierende, aber auch Medienvertreter*innen, nutzten die Möglichkeit in der FIRM-Bibliothek zu recherchieren. Coronabedingt war der Zugang zu dieser Möglichkeit der Eigenrecherche 2020 aber begrenzt.

Zusätzlich zu den oben genannten Aktivitäten der FIRM, gingen auch 2020 zahlreiche Anfragen (85) zu den unterschiedlichsten Themengebieten per Mail oder telefonisch ein. Diese wurden entweder direkt selber bearbeitet oder an Kooperationspartner*innen innerhalb des kommunalen Fachnetzwerkes weitergereicht.

Blick auf einige Recherchefelder

Identitäre Bewegung

Die FIRM recherchiert und beobachtet Aktivitäten, Kampagnen und personelle Zusammensetzung der neurechten **Identitären Bewegung** sowohl in sozialen Netzwerken und Messenger-Gruppen wie auch bei Aktionen und Kundgebungen vor Ort. In die Betrachtung werden auch überregionale und internationale Aktivitäten einbezogen.

Annie H., die derzeit präsenteste und aktivste Vertreterin der IB in Süddeutschland und Aushängeschild der Identitären Bewegung Deutschland, hat ihren Wohnsitz Anfang 2020 von Augsburg nach München verlegt. Sie ist Bindeglied zwischen der **IB Bayern** und der **IB Schwaben**, die 2020 eine der rührigsten Regionalgruppen innerhalb der IB Deutschland war.

Trotz der Einschränkungen durch die Corona-Pandemie entfaltete die IB Deutschland im Jahr 2020 zahlreiche **Aktivitäten** und lancierte mehrere **neue Kampagnen**.

Im Januar posierten sieben Aktivist*innen, darunter zwei Aktivist*innen aus München, ein Aktivist aus Amberg sowie ein NPD-Kader aus Erlangen mit einem **Banner** mit der Aufschrift "Heute schon gehetzt? Gegen zwangsfinanzierte Propaganda" vor dem BR-Gebäude in München. Diese Kundgebung war Teil einer bundesweiten **IB-Kampagne gegen öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten**. Zum Anlass der Kampagne wurde das satirische Lied "Meine Oma ist 'ne alte Umweltsau" des WDR-Kinderchors genommen. Entsprechende Aktionen fanden in mehreren Städten statt. Es wurde dazu aufgerufen, die "**GEZ zu sabotieren"** mit Verweis auf die Kampagne "Hallo Meinung" eines fränkischen Bauunternehmers.

Nachdem die Türkei Ende Februar die Grenzen zur EU für Geflüchtete geöffnet hatte und die griechischen Behörden ihrerseits die Grenzen geschlossen und Geflüchtete teils unter Anwendung von Gewalt zurückgedrängt hatten, reisten mehrere deutsche und österreichische Aktivist*innen der IB nach Griechenland, um die "Verteidiger Europas" in ihrem "heroischen Kampf" zu unterstützen. In Deutschland gab es dazu begleitende Kundgebungen, u.a. am 8. März in Stuttgart vor dem griechischen Konsulat mit dem Motto "Solidarität mit den Verteidigern Europas", an der sich die Münchner IB-Aktivist*innen Annie H. und Philipp M. beteiligten.

Erst später bekannt geworden ist ein sogenanntes "Aktivistenwochenende" der IB Schwaben, das Anfang März mit mindestens 22 Personen, auf Schloss Ebersberg bei Stuttgart, einem Pfadfinderheim, abgehalten wurde. In einem veröffentlichten Video ist Annie H. zu sehen, wie sie eine Rede hält.

Nach dem Mord an dem schwarzen US-Amerikaner **George Floyd** am 25. Mai 2020 kam es zu weltweiten Protesten und Kundgebungen unter dem Slogan "**Black Lives Matter**" (BLM). Auch in Deutschland fanden in vielen Städten Kundgebungen statt, zu denen sich die Teilnehmenden schwarz kleideten und sich für achteinhalb Minuten und 46 Sekunden, also der Dauer des Todeskampfes von George Floyd, hinknieten.

Diese **Geste der Solidarität** empfand die rassistische **IB** als so **provozierend** und wie sie formuliert "nationalmasochistisch", dass sie darauf mit den **Kampagnen** "Niemals auf Knien – Wir entschuldigen uns nicht" und "European Lives Matter" reagierte. In verschiedenen Städten in Deutschland, Österreich, der Schweiz und Frankreich wurden öffentlich Banner dazu gezeigt.

In München veranstaltete die IB Bayern am 20.06. eine Kundgebung unter dem Motto "EUROPEAN LIVES MATTER - Unsere Stimme für die Vergessenen" mit ca. 20 Teilnehmern, um, wie sie sagte, der Opfer von "Migrantengewalt" zu gedenken. Diese Kundgebung wurde von Annie H. angemeldet und geleitet. Sie und Philipp M. hielten Reden. Beteiligt waren unter anderem Aktivist*innen aus Augsburg, Amberg und München. In den Augen der IB ist die öffentliche Debatte über strukturellen Rassismus nur ein weiterer Schritt in dem von ihr angenommenen "großen Bevölkerungsaustausch", indem dem "deutschen Volk" so lange Schuld- und Minderwertigkeitsgefühle eingeredet werden sollten, bis es freiwillig "seine Identität" aufgebe und "demographisch" (gemeint sind niedrige Geburtsraten) verschwände.

Am 10. Juli 2020 löschte **Twitter** zahlreiche Accounts der Identitären Bewegung und deren Aktivist*innen. Auch **Youtube** entfernte einige Kanäle, darunter den von Martin Sellner. **Google** sperrte IB-Webseiten von Suchergebnissen. Dieses "**Deplatforming"** traf die **Identitäre Bewegung** hart. Zum einen, weil sie all ihre Aktivitäten stets so umsetzt, dass möglichst professionelle Fotos und Videos für soziale Medien produziert werden – mitunter scheint dies sogar der Hauptzweck der Aktionen zu sein –, zum anderen wegen der damit verbundenen **Demonitarisierung.** Als **Reaktion** darauf startete die IB die **Kampagne "Die Straße ist unser Büro – Sommertour der Identitären Bewegung"**. Gemeint war damit der Aufbau von Infoständen, an denen Aktivist*innen Infomaterial verteilen und versuchten mit Passanten ins Gespräch zu kommen. Die Aktion fand an 81 Orten statt (angekündigt waren 100), davon 13 in Bayern, jedoch nicht in München. Mit Münchner Beteiligung gab es allerdings elf Stationen in Bayern und Baden Württemberg. Begleitend zur Kampagne wurde eine Website online gestellt. Das Konterfei der Münchner Aktivistin Annie H. ist auf dem Flugblatt zur Aktion abgebildet.

Hinweisen zufolge gab es im September 2020 einen **Stammtisch der IB** in einer **Sportgaststätte** in München. Dabei soll zu einer Kundgebung von Martin Sellners neuem Projekt (mit alten IB-Aktivist*innen) "Die Österreicher – DÖ5" am 3. Oktober in Wien mobilisiert worden sein. Tatsächlich war die Münchner Aktivistin Annie H. in Wien vor Ort. Auch wenn seither kein weiteres Stammtisch-Treffen bekannt wurde (was vermutlich auch an Corona-Maßnahmen lag), deutet dieses Treffen darauf hin, dass die **Münchner IB-Ortsgruppe** wiederbelebt und ausgebaut werden soll.

Das neueste IB-Projekt namens "GefährderMap" stellte H. in einem im Dezember veröffentlichten Video vor. Unter der URL "schiebt-sie-ab.de" veröffentlichte die Identitäre Bewegung Deutschland im November 2020 eine Website, auf der unter dem Titel "Vorsicht! Islamistische Gefährder" dazu aufgerufen wird, über ein Kontaktformular die Wohnorte vermeintlicher "islamistischer Gefährder", deren Treffpunkte sowie Vorfälle und Anschläge zu melden. Die so gewonnenen Daten werden in eine interaktive Landkarte eingetragen und können von den Besucher*innen der Website eingesehen werden. Die Website gibt vor, Bürger*innen vor drohenden Gefahren zu warnen, "transparent" zu informieren und so eine Aufgabe zu erfüllen, die nach Meinung der IB dem Staat zukommen würde, der sich allerdings weigere oder sich nicht traue, entsprechende Informationen preiszugeben. Verknüpft wird diese angebliche Aufklärung mit den Forderungen "islamistische Gefährder ohne deutsche Staatsbürgerschaft" sofort abzuschieben, die Grenzen Deutschlands zu schließen, damit keine neuen einreisen könnten, sowie die Einrichtung einer "Gefährderdatenbank" durch das Innenministerium.

Bisher (Stand Februar 2021) werden auf der Karte allerdings noch keine Namen angezeigt. Die eingetragenen "Gefährder" sind entweder schon öffentlich bekannt oder als "Anonym: Gefährder. Name und aktueller

Aufenthaltsort unbekannt" bezeichnet. Die örtliche Zuordnung funktioniert auch nicht mehr, da Google anscheinend die Nutzung von Google Maps auf dieser Website unterbunden hat.

Der III. Weg

Die neonazistische Organisation "Der III. Weg" baut trotz der Einschränkungen durch die Corona-Pandemie ihre Organisationsstrukturen weiter aus. Im Juli eröffnete sie im nordrhein-westfälischen Siegen ein "Bürgerund Parteibüro" – das zweite Parteizentrum nach dem im sächsischen Plauen.

Ebenfalls im Juli gründeten Mitglieder der rechtsextremistischen Kleinstpartei den Landesverband Bayern. Die Gliederung in Landesverbände löst die Gliederung in Gebietsverbände (Süd, West und Mitte) ab. Damit sollen Parteistrukturen geschaffen werden, die die Teilnahme an Landtags- und Kommunalwahlen ermöglichen und so den Erhalt des Parteistatus' sichern.

Zur Vorsitzenden des bayerischen Landesverbands wurde die langjährige Aktivistin Jasmine E. aus der Oberpfalz gewählt. Ihr Stellvertreter wurde der Leiter des Parteistützpunkts München-Oberbayern, Karl-Heinz S. Laut Website der Partei will sie sich künftig auf **kommunaler Ebene** stärker verankern, bspw. durch den **Aufbau von Bürgerbüros und Treffpunkten**.

Trotz einer zweimonatigen Pause zu Beginn der Corona-Krise organisierte der **Stützpunkt München-Oberbayern** 2020 zahlreiche **Propagandaaktionen** in München und im Landkreis: Rund zwanzig Flugblattverteilungen – u.a. mit dem Thema "Das System ist gefährlicher als Corona" –, eine Kundgebung zum 1. Mai in Pasing als Ersatz für die wegen Corona abgesagte überregionale Demonstration in Erfurt, eine gemeinsame Kundgebung mit Aktivist*innen der NPD zum Tag der Befreiung am 8. Mai am Stachus, eine Kundgebung gegen "islamistischen Terror" in Unterschleißheim, sogenannte "Heldengedenken" zum Volkstrauertag an vier verschiedenen Kriegsdenkmälern, vier "nationale Streifen", gemeinsame Ausflüge und weitere Aktivitäten.

Mehrere Parteiaktivist*innen nahmen an Kundgebungen gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie teil, sowohl in München, wo sie teils auch Flyer an andere Kundgebungsteilnehmer*innen verteilten, wie auch am 29. August an einer Großdemonstration in Berlin.

Anlässlich des Aufstiegs des Fußballclubs "Türkgücü München" in die 3. Liga begann der Dritte Weg Ende August den Vertrieb von Aufklebern mit dem Slogan "Unser Stadion – unsere Regeln. Türkgücü München nicht willkommen!". Ein passender Flyer thematisiert zusätzlich die angebliche "linke Unterwanderung" von Fankurven, die verhindert werden müsse. Mehrere Artikel auf der Website der Partei und ein Podcast beschäftigen sich ebenfalls mit dem Thema Fußball. In einigen Städten kam es in der Nähe von Drittligastadien zu Aktionen, so auch in München. In der Nacht zum 08.10. verklebten Aktivist*innen des III. Wegs rund 150 Aufkleber mit dem Motiv "Unser Stadion – unsere Regeln! Türkgücü München nicht willkommen!" zwischen Candidplatz und Sechzger-Stadion und um das Stadion herum. Obwohl es von Seiten einiger Vereine und vieler Fans eine starke Gegenreaktion gab, muss die Aneignung des populären Themas "Fußball" teilweise als Erfolg für den III. Weg gewertet werden, weil der vermeintlichen Kritik an der Kommerzialisierung und Politisierung des Sports, trotz der rassistischen Verknüpfung, von Teilen der Fanszenen – auch in München – durchaus zugestimmt wird. Die Kampagne wird 2021 fortgeführt.

Am 07.12. bestätigte das **Amtsgericht München** einen **Bußgeldbescheid** (3 x 200 Euro) gegen den Stützpunktleiter Karl-Heinz S. wegen einer **Ordnungswidrigkeit** in Form von "Belästigung der Allgemeinheit". Gemeint waren damit Wahlplakate des III. Wegs zur Europawahl 2019, die am Platz der Opfer des Nationalsozialismus und beim NS-Dokumentationszentrum aufgehängt worden waren.

Einen Tag darauf wurde der Aktivist Moritz H. nach **Jugendstrafrecht** zu 40 Arbeitsstunden und 5 Beratungsstunden bei der Katholischen Jugendfürsorge verurteilt. Bei einer **Hausdurchsuchung** war bei ihm ein **Butterflymesser** gefunden worden. Laut Aussage eines Beamten vom KFD4 hat er im Haus seiner Mutter in Obermenzing einen mit NS-Devotionalien dekorierten "Hobbykeller" eingerichtet, in dem mutmaßlich regelmäßig Treffen rechtsextremer Aktivist*innen stattfinden. Moritz H. trat in München erstmals Mitte Januar 2020 bei einer Kundgebung der BIA in Erscheinung. Danach war er bei mehreren Wahlkampfständen der BIA zugegen und beteiligte sich an zahlreichen Aktionen des III. Wegs. Er ist wegen eines **rassistischen Angriffs** vorbestraft.

Wodans Erben Germanien / Gruppe S

Die öffentlichen Aktivitäten der im Vorjahr noch sehr präsenten rechtsextremen Bürgerwehrgruppe "Wodans Erben Germanien" kam im Februar in München zu einem abrupten Stopp, als zwei ihrer Aktivisten wegen Mitgliedschaft in der mutmaßlichen Terrorgruppe "Gruppe S." verhaftet wurden: Frank H. aus München und Marcel W. aus Pfaffenhofen. Der mutmaßliche Anführer Werner S., nachdem die zwölfköpfige Gruppe benannt ist, stammt aus Mickhausen bei Augsburg.

Die Mitglieder der Gruppe S. sollen geplant haben, durch **Anschläge** auf Politiker, Asylsuchende und Muslime bürgerkriegsähnliche Zustände herbeiführen. Frank H. soll angeboten haben, in Tschechien Waffen für die Gruppe zu besorgen. Inzwischen hat die Bundesanwaltschaft Anklage gegen die Mitglieder der Terrorgruppe erhoben. Der Prozess soll 2021 am Oberlandesgericht in Stuttgart beginnen.

Am 05.11.2020 begann in München ein Prozess wegen Hausfriedensbruchs gegen die Wodans Erben Germanien-Aktivisten Frank H. aus München und Marcel W. aus Pfaffenhofen, sowie gegen Frank A., einen ehemaligen NPD-Funktionär und Betreiber eines rechtsextremen Youtube-Kanals. H. und W. wurden aus der Untersuchungshaft vorgeführt. Die drei Angeklagten waren – gemeinsam mit dreizehn weiteren Personen – im Rahmen einer "Patrouille" von Wodans Erben Germanien im Februar 2019 in das Gelände einer Geflüchtetenunterkunft in München Moosach eingedrungen. Frank H. wird außerdem Verleumdung vorgeworfen. Die Verhandlung wurde vertagt, da die Verteidigung (alle drei werden von einschlägig bekannten Rechtsanwälten vertreten) die Ladung eines weiteren Zeugen beantragt hat.

Seit der Verhaftung ihrer Mitglieder haben Wodans Erben Germanien keine "Patrouillen" mehr in München durchgeführt. Einzelne Aktivisten haben sich jedoch an Kundgebungen beteiligt – im Januar an "Fridays gegen Alterarmut" und im Mai und im September an Protesten gegen die Corona-Maßnahmen. Im Internet und in Telegramchats ist die Gruppe nach wie vor aktiv.

"Bürgerinitiative Ausländerstopp München" (BIA)

Die neonazistische "Bürgerinitiative Ausländerstopp" (BIA) trat erstmalig im September 2007 in Erscheinung. 2008 und 2014 beteiligten sich Neonazis aus NPD und Kameradschaftsszene mit der Liste der BIA an den Kommunalwahlen. Karl Richter war jedes Mal Spitzenkandidat, auf den folgenden Listenplätzen kandidierten weitere bekannte Personen aus der extrem rechten Szene Münchens. 2014 wählten 0,7% bzw. 3069 Münchnerinnen und Münchner die BIA. Das war zwar nur noch die Hälfte der Prozentpunkte im Vergleich zur Wahl 2008, reichte aber wegen der geringen Wahlbeteiligung dennoch für den erneuten Einzug von Karl Richter ins Münchner Rathaus.

Als Einzelstadtrat hatte Karl Richter im **Rathaus** allerdings nur die Möglichkeit schriftlich **Anträge** oder **Anfragen** zu stellen und in der **Vollversammlung** des Stadtrates zu sprechen. Diese Möglichkeiten nutzte er immer wieder zu Provokationen aus.

Karl Richter wollte auch 2020 sein Mandat verteidigen. Da mit einer höheren Wahlbeteiligung zu rechnen und zudem mit der AfD eine starke Konkurrentin am Start war, suchte er sich einen Kooperationspartner und

fand ihn in Heinz Meyer, dem zentralen Aktivist der PEGIDA-München Bewegung. Ende 2019 wurde publik, dass die beiden gemeinsame Aktivitäten in Sachen **Kommunalwahlkampf** planten

Am 5. Februar 2020 starteten die "Bürgerinitiative Ausländerstopp München" (BIA) und **Pegida München** ihre **Kundgebungsserie** zur Kommunalwahl. Insgesamt fanden bis zum 14. März 30 Kundgebungen von Karl Richter und Heinz Meyer statt (abwechselnd Marienplatz, Stachus, Sendlingerstr., PEP, Pasing). Einige weitere fielen u.a. wetterbedingt aus. Von mehreren angemeldeten zusätzlichen **Infoständen** fand nur einer statt. Während der Kundgebungen fanden parallel einige Male **Flugblattverteilaktionen** in die Briefkästen der näheren Umgebung statt. Bei den Kundgebungen selber hielt sich das Publikumsinteresse zumeist in Grenzen. Die Möglichkeit der **Verteilung von BIA/Pegida Infomaterialien** vor Ort hing sehr stark von der Abbzw. Anwesenheit von Gegenprotest ab. Richter und Meyer versuchten den Protest, aber auch zufällig vorbeikommende Passant*innen, die ihren Unmut über die BIA ausdrückten, immer wieder mit Strafanzeigen zu überziehen (ca. 25-30 insgesamt).

Unterstützt wurden die beiden Kandidaten Richter und Meyer, außer von der NPD KV München Vorsitzenden Renate W., von einem halben Dutzend weiterer neonazistischer Aktivist*innen, z. B. vom "Dritten Weg". Bei der Mehrzahl der Kundgebungen wurden lediglich Videos mit rassistischen und islamfeindlichen Beiträgen sowie Reportagen des BR oder anderen Sendern gezeigt, die auch in der Zeit der regelmäßigen Pegida- Standkundgebungen bereits präsentiert wurden. Einige wenige Male hielt Karl Richter kurze Ansprachen in denen er seine Arbeit als Stadtrat ("einzige inländerfreundliche Opposition") darstellte, gegen die Nichtzulassung von Meyer als OB-Kandidat wütete und im März dann die Corona-Pandemie mit Migration und Geflüchteten verknüpfte. Natürlich wurden auch die politischen Gegner*innen im Rathaus ebenso beschimpft wie der Gegenprotest.

Das Konzept auf Dauerkundgebungen an wenigen Standorten statt auf mehrere dafür kurze Auftritte in vielen verschiedenen Stadtteilen wie beim letzten Wahlkampf 2014 zu setzen, ist für die Neonazis nicht aufgegangen. Dazu kam dann noch die Konkurrenz seitens der AfD. Die BIA verlor nochmal 2/3 ihrer Stimmen und erreichte mit nur 0,2% (ca. 1100 absolute Stimmen) das schlechteste Ergebnis aller beteiligten Gruppierungen und Parteien und damit **kein neues Mandat**.

FIRM erstellte einen aktuellen Infoflyer über die BIA, der vor allem rund um die Kundgebungen während des Kommunalwahlkampfes zahlreich verteilt wurde.

Die Alternative für Deutschland (AfD) in München

Die AfD führte im Frühjahr 2020 ihren Kommunalwahlkampf fort, indem sie mit Informationsständen, nicht aber mit Kundgebungen auftrat. Eine für Anfang März geplante große gemeinsame Kundgebung aller Münchner AfD-Verbände mit Bundessprecher Jörg Meuthen am Stachus fiel aus. Im Wahlkampf erhielt die AfD auch Unterstützung von extrem rechten Medien-Plattformen wie PI-News. So warb der extrem rechte Medien-Aktivist Michael Stürzenberger mit Videointerviews mit MdL Ulrich Henkel und OB-Kandidat Wolfgang Wiehle für sie. Die Nähe der AfD zu anderen Teilen der extremen Rechten zeigte sich auch auf deren Kandidat*innenliste: Personen wie Maria Frank und Thomas Nickl waren bereits in der Vergangenheit in anderen einschlägigen Zusammenhängen der örtlichen Szene aktiv. Die Partei verfolgte in München also weiter ihre Netzwerkstrategie mit Flügelvertreter*innen wie Benjamin Nolte an Wahlkampfständen, umtriebigen Aktivist*innen in verschiedenen rechten Zusammenhängen wie Brigitte Fischbacher als Wahlkampfmanagerin von OB-Kandidat Wolfgang Wiehle und rechten Plattformen wie PI-News als Sprachrohren.

Inhaltlich setzte die AfD auch im Kommunalwahlkampf auf ihre drei bekannten **thematischen Schwerpunkte**: Polemik gegen Geflüchtete, die Ausgrenzung von Muslim*innen und den antidemokratischen Populismus, also die Agitation gegen Zivilgesellschaft, Presse und demokratische Institutionen. Das Vorgehen der Kandidat*innen der übrigen Parteien, nicht auf Podien mit AfD-Vertreter*innen aufzutreten, machte eine klare Grenzziehung zur extremen Rechten deutlich und verringerte deren öffentliche Reichweite erheblich.

Die AfD erhielt bei den Stadtratswahlen 3,9 Prozent der Stimmen und konnte mit 16 Vertreter*innen in 13 Bezirksausschüsse einziehen. 2,8 Prozent der Münchner Wähler*innen stimmten in der Oberbürgermeisterwahl für den AfD-Kandidaten.

Die politischen **Aktivitäten** der neugewonnen Abgeordneten der AfD **in Bezirksausschüssen** und Stadtrat griffen deren programmatische Schwerpunkte auf. Sie zielten auf der Partei missliebige Einrichtungen und Initiativen, die sich für ein tolerantes und weltoffenes München einbringen, die Religionsausübung von Muslim*innen und den menschenwürdigen Umgang mit Geflüchteten und Migrant*innen.

Die AfD sprach sich im Jahresverlauf immer deutlicher gegen die Maßnahmen zur Corona-Pandemie aus und forderte deren sofortige Beendigung. Ihre Vertreter*innen in Bayern schlossen sich den Protesten der Pandemieleugner*innenszene an, unterstützten deren Organisation und traten als Redner*innen im Rahmen einschlägiger Kundgebungen auf. So sprach MdB Wolfgang Wiehle auf einer Versammlung auf dem Marienplatz am 9. Mai. Auf den Kundgebungen waren AfD-Vertreter*innen neben anderen Teilen der extremen Rechten, Neonazis und Reichsbürger*innen präsent. Die dort verbreiteten Kampfansagen gegen demokratische Institutionen und die Zivilgesellschaft fügten sich nahtlos an die Positionen der Partei an, die sich in ihrer Opferrolle gegenüber dem "System" inszeniert. Im Nachgang zu den Protesten gegen die Pandemieleugner*innen-Versammlung am 12. September auf der Theresienwiese, veröffentlichte das Büro des AfD-MdL Franz Bergmüller auf seiner Seite "rosenheim-alternativ" einen Text. Der Beitrag attackierte die Unterzeichner*innen des Aufrufs zur Gegendemonstration und nahm die Protestierenden in einem eigenen Video aufs Korn.

Im Juli 2020 übernahm der Bundestagsabgeordnete Petr Bystron den Vorsitz des AfD-Kreisverbandes München Nord. Bystron steht in der Partei für einen offenen Umgang mit deren extrem rechter Ideologie nach außen und eine offensive praktische Kooperation mit anderen extrem rechten Akteur*innen.

Die AfD München organisierte 2020 mehrere **Veranstaltungen** mit Aktivist*innen der rechten Szene. Im Oktober las etwa der rechte Journalist Dieter Stein im **Kulturhaus Milbertshofen** aus seinem neuen Buch, im September begrüßte die Partei im **Bürgersaal Fürstenried** Akif Pirinçci als Gast. Pirinçci präsentierte auch hier seine geflüchtetenfeindlichen und antifeministischen Positionen für die er in der extremen Rechten gefeiert wird.

Im Herbst 2020 begann die AfD München mit ersten **Vorbereitungen** für den **Bundestagswahlkampf** 2021 und bestimmte **erste Direktkandidat*innen** wie den ehemaligen Vorsitzenden des Kreisverbandes München Ost, Wilfried Biedermann, der vor seiner Zeit in der AfD in der rechten Kleinpartei "Bund freier Bürger" aktiv war.

Die AfD war auch 2020 die wichtigste Partei der extremen Rechten in München und darüber hinaus. Die FIRM informierte über diesen Akteur unter anderem mit Informationsveranstaltungen und einem Flugblatt, das Personal und Themen der Partei zur Kommunalwahl 2020 vorstellt.

Reichsbürger*innen

Die Reichsbürger*innenzene war 2020 im Raum München ungebrochen aktiv und konnte durch die verschwörungsideologischen Proteste gegen die Infektionsschutzmaßnahmen Möglichkeiten bauen, ihre Positionen zu verbreiten. Ihre Inhalte fanden innerhalb der Pandemieleugner*innenszene wurden etwa auf Kundgebungen Anklang, SO Verschwörungserzählungen zu einem angeblich ausstehenden Friedensvertrag für Deutschland präsentiert und Reichsbürger*innenplattformen als Informationsquellen empfohlen. Mitglieder örtlicher Gruppen verteilten dort auch Informationsmaterialien, Reichsbürgerzusammenhangs "Ewiger Bund". Auch 2020 fielen Reichsbürger*innen Kundgebungen auf: Die Gruppe "staatenlos" wendete sich etwa am 18. Januar und am 25. August mit einer Versammlung vor dem Pasinger Rathaus an die Öffentlichkeit.

Religiöser Fundamentalismus

Religiöse Fundamentalist*innen waren 2020 in Form interner Veranstaltungen aber auch öffentlicher Versammlungen im Raum München aktiv. Vom 26. bis zum 29. September fand eine "Straßenpredigerkonferenz" aus dem evangelikalen Spektrum statt, deren Teilnehmende auch in der Innenstadt predigten. Eine öffentliche Aktion rechter Katholik*innen auf dem Odeonsplatz wendete sich im Januar 2020 gegen innerkirchliche Reformbestrebungen nach der jüngsten Synode in Brasilien. Christliche religiöse Fundamentalist*innen beteiligten sich wie in den Vorjahren an Aktionen radikaler Abtreibungsgegner*innen wie dem "1000-Kreuze-Marsch" im Oktober.

Personen, die sich selbst als Christ*innen verstehen waren auch im Rahmen der **Proteste gegen** die **Infektionsschutzmaßnahmen** aktiv. Sie nahmen, wie beispielsweise am 9. Mai, an Kundgebungen teil, veröffentlichten Artikel auf einschlägigen Portalen, die sich gegen Infektionsschutzmaßnahmen und Impfungen aussprechen und ergriffen auf Versammlungen das Wort. Das **Netzwerk "Christen im Widerstand"** beteiligte sich auch in München an entsprechenden Kundgebungen und Demonstrationen.

Verschwörungsideologische Szene

Die **Proteste gegen die Infektionsschutzmaßnahmen**, die Mitte April 2020 mit einer Kundgebung am Marienplatz ihren Anfang nahmen, waren von Beginn an von **verschwörungsideologischen Erzählungen** und einer **Beteiligung der extremen Rechten** geprägt.

In **Messenger-Gruppen** organisierten sich Aktivist*innen und planten **Kundgebungen**, die im Verlauf des Frühsommers stark an Zulauf gewannen. Vorläufige Spitzen dieser Mobilisierungen waren Kundgebungen am 9. Mai auf dem Marienplatz und am 30. Mai auf der Theresienwiese, die jeweils **mehrere tausend Teilnehmende** teils auch von außerhalb des Stadtgebietes anzogen. Im

Wochentakt fanden meist in der Innenstadt kleinere Versammlungen mit 20 bis 50 Teilnehmenden statt, die u.a. als "Meditationskundgebung" oder als "Offenes Mikrofon" organisiert wurden und nach außen mit Slogans und Symbolen wie "Frieden", "Liebe" und "Freiheit" um Anschlussfähigkeit warben. Mit "Tanzkundgebungen", Flyerverteilungen, Autokorsos und "Flashmobs" suchte die Szene nach neuen Aktionsformen, um Verschwörungsideologien zu verbreiten. Ihre größeren Kundgebungen verlagerten sich im Sommer auf den Königsplatz, wo sie allerdings ab Juli mit sinkenden Teilnehmendenzahlen zu kämpfen hatten und in der zweiten Jahreshälfte auf andere Plätze wie die Theresienwiese auswichen. Dort fanden sich etwa am 12. September und am 1. November jeweils mehrere tausend Teilnehmende ein für Veranstaltungen mit Großbildschirmen und professioneller Bühnentechnik.

Inhaltlich setzen die Aktivitäten der Pandemieleugner*innenszene vordergründig an den Infektionsschutzmaßnahmen wie der Maskenpflicht oder den Kontaktbeschränkungen an. Sie leugnen die Existenz der Pandemie (oder des Corona-Virus' in toto) und fordern alle Schutzmaßnahmen sofort zu beenden. Die Narrative der Szene gehen aber sehr viel weiter und behaupten, die Pandemie werde gezielt hervorgerufen und ausgenutzt durch böswillige Strippenzieher*innen im Hintergrund, um die Gesellschaft in deren Sinn umzugestalten.

Die Botschaften haben sich im Laufe des Jahres auch nach außen hin zugespitzt: Holzschnittartige Gut-Böse-Erzählungen, die zum Kampf gegen "das System" aufrufen, Vergleiche der Bundesrepublik mit dem NS-Regime, Aufgriffe der gefährlichen Q-Anonymous-Narrative, antisemitische Verschwörungserzählungen und Markierungen von Personen, die man für einen Teil der Verschwörung hält, sind hierfür ein deutlicher Ausdruck. Es kann daher kaum verwundern, dass Übergriffe auf Gegendemonstrant*innen und vor allem auf Medienvertreter*innen bei Kundgebungen auch in München 2020 keine Seltenheit waren. Die Anschläge der Szene auf Forschungseinrichtungen beziehungsweise Zugverbindungen in Berlin und Schweinfurt zeigen ein terroristisches Gewaltpotential, das auch in München seitens der Stadtgesellschaft nicht vernachlässigt werden darf.

Die Pandemieleugner*innenszene in München ist in Bayern aber auch darüber hinaus gut vernetzt. Sie mobilisierte für die Großdemonstrationen im August und im November in Berlin und lud prominente Szenevertreter*innen, wie den verschwörungsideologischen Aktivisten Stephan B. als Redner ein.

Die extreme Rechte, auch in ihren neonazistischen Ausformungen, war von Beginn an im Rahmen der Proteste aktiv. Neonazis und Hooligans sind ebenso präsent wie Vertreter*innen von AfD und Drittem Weg, die wiederholt als Redner*innen auf Kundgebung auftraten und ihre extrem rechten Positionen verbreiten konnten. Eine Distanzierung lehnen die übrigen Teile der Szene explizit als einen Spaltungsversuch von außen ab. Christliche Fundamentalist*innen und verschwörungsideologische Akteur*innen, etwa aus dem Spektrum von Impfgegner*innen und Reichsbürger*innen ergriffen die Gelegenheit und nutzten die Bühne für ihre Agitation. Eine Großdemonstration von Impfgegner*innen, die zunächst vom 21. März auf den 10. Oktober verschoben worden war, wurde seitens der Organisator*innen abgesagt.

Die Proteste gegen die Infektionsschutzmaßnahmen haben Sichtbarkeit und Mobilisierung der verschwörungsideologischen Szene erheblich verstärkt. Die FIRM informierte über diese

Entwicklung mit Informationsveranstaltungen, Pressemitteilungen und einem Flugblatt zu den Hintergründen der Proteste.

Schwerpunkt ethnischer Nationalismus

Die vertiefende Recherche zum Themenfeld "Ethnischer Nationalismus in migrantischen Communities" beschränkte sich überwiegend auf den Schwerpunkt "Türkischer Ultranationalismus und Graue Wölfe".

Die türkischen Ultranationalisten der "Grauen Wölfe" in Deutschland sind streng hierarchisch organisiert. In dieser Hierarchie steht die Mutterpartei Milliyetci Halk Partisi (MHP) (Partei der Nationalistischen Bewegung) an der Spitze, dann kommt für Deutschland die oft als ATDÜDF abgekürzte "Föderation der Türkischen Demokratischen Idealistenvereine", auch bekannt als Almanya Türk Federasyon (ATF). In Bayern gliedert sich die Organisation in zwei Regionen. Der Verein "Nürnberg Türk Ocağı" dient als Koordinationszentrale für Nordbayern (BV1), der Münchner Verein "Türk Eğitim Ocağı" (Türkisches Erziehungs- und Bildungswerk Bayern e.V.) als Koordinationszentrale für Südbayern (BV2). Die zahlreichen Vereine in Bayern sind über diese beiden Zentralen unter dem Dach des ATF organisiert.

Der Ende 2017/Anfang 2018 gegründete "Bund Türkischer Vereine in München" nimmt auch 2020 nach wie vor eine wichtige Rolle in München in Sachen Vernetzung und Aktivitäten ein. Mehr als 50 Vereine sind inzwischen Mitglied, darunter sowohl einige aus dem ultranationalistischen "Graue Wölfe" Spektrum, wie auch aus religiös-fundamentalistisch islamistischen Kreisen.

Das **Türkische Konsulat** in München spielt mit eigenen Empfängen sowie der Teilnahme verschiedener Attachés (z.B. für Handel oder Bildung) an Veranstaltungen zu Kultur, Bildung und Muttersprachlichen Unterricht der Ülkücü-Vereine und von im Bund der Türkischen Vereine organisierten Gruppierungen ebenfalls eine wichtige Rolle in Sachen Vernetzung.

Die Rocker- bzw. Motorradclubs Turan und Turkos traten auch 2020 in München nicht mit eigenen Aktivitäten in Erscheinung. Der Turkos MC hatte sich gespalten. Ein Teil hatte sich umbenannt und ist nun als "Sons of Turkey" aktiv. 2020 wurden von ihnen allerdings ebenfalls keine öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen durchgeführt. Auch in den Sozialen Medien sind die Aktivitäten all dieser Gruppierungen stark rückläufig bzw. ganz eingestellt.

Der "Bund der Türkischen Vereine", AKP Anhänger*innen, "Union internationaler Demokraten" (UID), "Verein unabhängiger (türkischer) Unternehmer und Industrieller" (MÜSIAD), Ülkücü (Graue Wölf/Idealistenbewegung), Alperen Vereine und verschiedene Landsmannschaften versuchen weiterhin die Jahrestage des OEZ Attentats und der Mordanschläge des NSU sowie die entsprechenden Gedenkveranstaltungen für die Opfer zu vereinnahmen und zu instrumentalisieren.

In einer gemeinsamen Pressemitteilung von ATF, MÜSIAD und UID wurde Anfang März 2020 die türkische "Baris Pinari" (Friedensquelle) Offensive in Syrien als Kampf gegen die PKK gerechtfertigt. Überhaupt spielte die Legitimierung der türkischen Innen- und Außenpolitik (Einsatz des Forschungsschiffs Oruç Reis im Mittelmeer, Kurd*innenpolitik in der Türkei und Syrien, Verhaftungen von Journalist*innen und Oppositionspolitiker*innen, Unterstützung Aserbeidschans gegen Armenien) 2020 eine große Rolle.

Auf einer Kundgebung zum Krieg Aserbeidschan gegen Armenien am 19. Juli hielt Eyüp T. (Vorsitzender des Türkischen Kulturzentrums München e.V., Mitbegründer des Bunds Türkischer Vereine, Mitglied des Migrationsbeirats München und Taxiunternehmer) eine Rede. Dabei betonte er die Bedeutung von Aserbaidschan mit dem Motto der gesamten Veranstaltung "Ein Volk, zwei Staaten" und forderte, dass Armenien aus den besetzten Gebieten abziehen solle. Er bzw. alle Türken würden sich gegen die

Unterdrückung einsetzen. An einer Demonstration und Kundgebung im Oktober 2020 in München zum selben Thema beteiligten sich auch Personen aus dem "Graue Wölfe" Spektrum, dem "Weltkongress der Uiguren" (WUC) und dem "Bund türkischer Vereine".

Die Beziehungen zwischen führenden Mitgliedern des "World Uigur Congress" (WUC), bzw. der "Ostturkestanischen Union" und den "Grauen Wölfen" sind weiterhin eng. An der diesjährigen Protestveranstaltung am 4. Juli (Jahrestag des Urumchi Massakers) am Stachus wurden erstmalig seit Jahren allerdings keine Grauen Wölfe und Führungskader der Ultranationalisten gesichtet. Es muss sich noch zeigen, ob dies lediglich strategische Gründe hatte oder eine ernstgemeinte Distanzierung dahintersteht. Die Unterstützung der Uiguren bzw. "Ost-Turken" auf den Social Media Kanälen der Ülkücü Vereine war dagegen auch 2020 ungebrochen. Regelmäßige Protestaktionen der "Ostturkestanischen Union" vor dem Chinesischen Konsulat gehörten auch 2020 zu Terminen an denen z.B. der IGMG (Milli Görüs) Vorsitzende aus München teilnahm

Mit der **Liste "FAIR"** trat bei der Kommunalwahl zum ersten Mal eine eigene Liste von überwiegend AKP-und Graue-Wölfe-nahen (Atlas- Ay Yildiz-Listen) Kandidat*innen an.

FAIR beklagte vor allem die Benachteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund und deren mangelnde Repräsentation in der Kommunalpolitik. Die Wahlkampfaktivitäten bestanden hauptsächlich aus dem Besuch von Geschäften und Einrichtungen migrantischer (mehrheitlich türkischer) Gewerbetreibender und einigen Infoständen am PEP in Neuperlach und in der Goethestr./Ecke Landwehrstr.

Die OB-Kandidat*in für die FAIR war früher für die SPD im BA17 und sitzt als Vertreterin der Atlas Liste im Migrationsbeirat. Des Weiteren fungierte sie als Sprecherin des "Bundes türkischer Vereine".

Politische Forderungen der Liste FAIR waren z.B. ein kommunales Wahlrecht für Alle, Gleiche Bildungschancen für alle Kinder unabhängig von der sozialen Herkunft, Kostenlose Kinderbetreuung, Dezentrale Unterbringung von Geflüchteten, eine initiativ angelegte Jugendpolitik mit mehr Beteiligungsmöglichkeiten. Das ganze Wahlkampfprogramm war völlig unverdächtig formuliert. Es schien vor allem um eine Verankerung in den migrantischen Communities gegangen zu sein. Die Beteiligung der Grauen Wölfe Vereine und deren Funktionäre wurde in den öffentlichen Auftritten zu keinem Zeitpunkt klar. Mit 0,4% Stimmanteil verpasste die FAIR einen Sitz im Rathaus allerdings deutlich.

Zeitschriften (online wie offline), wie ARI Magazin, Haber Bayern, Post Aktüel, Münihinsesi, Bayern Aktuel, Münite Hayat und andere spielen für die Verbreitung und Verfestigung der Inhalte der genannten Vereine weiterhin eine wichtige Rolle.

Nachdem in Frankreich Organisationen der sog. "Graue Wölfe"/"Idealisten"-Bewegung verboten wurden und Politiker*innen in Deutschland ebenfalls ein härteres Vorgehen forderten, gab FIRM eine Pressemitteilung heraus mit Informationen über die in München aktiven Gruppierungen und der Aufforderung auch gegen diese konsequent vorzugehen.

Antifeminismus & Aktivitäten sogenannter "Lebensschützer*innen" in München

Antifeminismus ist ein zentrales Agitationsfeld der extremen Rechten. Mal eher implizit und verdeckt, immer häufiger aber sehr explizit, werden antifeministische Positionen verbreitet. Diese finden in weiten Teilen der Bevölkerung einen Resonanzraum, bestärken antimoderne, antidemokratische Einstellungen und wirken mobilisierend. Gesetzt wird auf verschiedene Themen wie Gender, Männlichkeit, Familie oder Schwangerschaftsabbruch.

Neu ist, dass sich die **extreme Rechte** explizit auch auf agile Gruppen wie **christliche Fundamentalist*innen** oder "**Lebensschützer*innen"** stützt. Letztere organisieren in München jedes Jahr rund 20 Veranstaltungen,

um gemeinsam politisch aktiv zu werden und öffentlich Druck auszuüben. Diesbezüglich konnte die FIRM auch in München Aktivitäten ausmachen und zu Hintergründen und Strukturen der Aktivist*innen recherchieren.

So fanden vom 26.2. bis ca. 16.3. 2020 täglich Kundgebungen mit dem Motto "40 Tage für das Leben" vor dem medicare Zentrum in Freiham (Stapf Klinik) statt. Die von der Initiative "40 Tage für das Leben" organisierte "Mahnwache" muss im Frühjahr wegen der Corona-Pandemie vorzeitig abgebrochen werden, die "Herbstmahnwache" fand hingegen wie geplant statt. So standen vom 23.9. bis 1.11.2020 Kleingruppen vor der Stapf-Klinik und protestierten gegen Schwangerschaftsabbrüche.

Ebenfalls aus dem christlich-fundamentalistischen Spektrum stammt der Verein "Helfer für Gottes kostbare Kinder". Dieser tritt trotz der Pandemie mit beinahe monatlichen Gebetsmärschen in der Ludwigvorstadt-Isarvorstadt/ Maxvorstadt beziehungsweise in Freiham in Erscheinung. Nur im März und April 2020 fielen die Proteste aufgrund der Beschränkungen aus, in den anderen Monaten beteiligten sich zwischen zehn und 30 Personen an den Märschen und "Mahnwachen". Mit Schildern, Gesängen und Gebeten vor der Beratungsstelle des Vereins "Pro Familia e.V." und gynäkologischen Kliniken in der Nymphenburger Straße, am Stiglmaierplatz und in Freiham versuchen sie ungewollt Schwangere, medizinisches Personal sowie Berater*innen unter Druck zu setzen, um Schwangerschaftsabbrüche zu verunmöglichen.

Die "Helfer für Gottes Kostbare Kinder" sind organisatorisch eng mit dem Verein "EuroProLife" verflochten. Beide stellen zentrale Akteure der antifeministischen "Lebensschutz"-Bewegung in München dar. "EuroProLife" organisierte unter der Leitung von Wolfgang H. am 3.10.2020 den so genannten "1000-Kreuze-Marsch" in München, bei dem rund 150 Teilnehmer*innen mit weißen Holzkreuzen, Bannern und Schildern vom Odeonsplatz aus zur Luitpoldbrücke ziehen. Dort findet eine so genannte Rosenzeremonie statt, bei der die Abtreibungsgegner*innen nach eigenen Angaben "getöteten Kindern" gedenken. Die Teilnehmer*innen des Marsches stammen von Vereinen wie "EuroProLife", "Helfer für Gottes kostbare Kinder", aus dem Umfeld der kroatischen Gemeinde München sowie der Pius-Bruderschaft. Mit dabei ist dieses Jahr zudem der langjährige Aktivist der "Identitären Bewegung" David S.

Anlässlich des "Safe Abortion Day", einem jährlich am 28. September stattfindenden Aktionstages für sichere Schwangerschaftsabbrüche, organisierte ein neu gegründeter Verein namens "Stimme der Stillen" eine Kundgebung in der Sendlinger Straße. Die rund 300 Teilnehmer*innen singen die Bayernhymne und verschiedene kirchliche Lieder, es werden Redebeiträge gehalten und Schilder mit Aussagen wie "All lives matter" hochgehalten. Angekündigt wird zudem ein "Marsch für das Leben" im März 2021 in München.

Die Fachinformationsstelle Rechtsextremismus München recherchierte zudem zu Seminaren so genannter "Pick Up Artists". In Foren und Kursen lernen Männer der Szene Strategien, mit denen Frauen manipuliert und die sexuelle Selbstbestimmung ausgehebelt werden. "PUAs" ignorieren den Grundsatz "Nein heißt Nein" und bringen Frauen dazu, sexuellen Handlungen zuzustimmen. Mindestens eins dieser Seminare organisierte der Autor, Referent und "PUA" Matthias P. am 28./29.2.20 in München.

Die FIRM hat 2020 ein neues **Flugblatt über die "Lebensschutz"-Bewegung** zur Information und Weiterverteilung zur Verfügung gestellt, einen **Hintergrundartikel** veröffentlicht und mit einem **Vortrag** über Ideologie, Aktivitäten und Akteur*innen der "Lebensschutz"-Szene informiert.

Burschenschaften und Studentenverbindungen in München

Mit rund 60 **Burschenschaften und Studentenverbindungen**, darunter reine Männerbünde, zwei Damenverbindungen und gemischte Bünde, ist München eine von mehreren Städten in Deutschland, in denen Korporierte fester Bestandteil studentischen Lebens sind. Auch wenn die Corona-Pandemie die öffentlichen Aktivitäten der Verbindungen einschränkt, betreibt die FIRM im Jahr 2020 Recherche- und

Dokumentationsarbeit zu hiesigen Burschenschaften, Corps, Gildenschaften, katholisch-christlichen Verbindungen, Sängerschaften, Vereinen deutscher Studenten, Landsmannschaften, Turnerschaften sowie Damenverbindungen. Die oft männerbündisch, und immer hierarchisch organisierten Verbindungen verbreiten immer wieder völkische, rassistische, antifeministische und antisemitische Positionen, die einer pluralistischen, gleichberechtigten Gesellschaft diametral entgegenstehen.

Zwar stehen bei der FIRM jene Burschenschaften, die in der extrem rechten, völkisch ausgerichteten "Deutschen Burschenschaft" (DB) organisiert sind, besonders im Fokus - die Burschenschaften Alemannia, Cimbria, Danubia und Stauffia – prinzipiell ist aber zu hinterfragen, welchen Platz auf Ausschluss basierende Männerbünde in einer auf demokratisch-freiheitlichen Werten basierenden Gesellschaft noch haben. Daher ist die Einschätzung der FIRM, dass auch Mitgliedsbünde anderer Dachverbände wie der "Allgemeinen Deutschen Burschenschaft" (ADB) oder dem "Coburger Convent" (CC) grundsätzlich nicht weniger problematisch sind. Registriert werden darum zudem gemeinsame Veranstaltungen beziehungsweise Vernetzungen jener Burschenschaften mit anderen Verbindungen.

Obwohl die offiziellen Feierlichkeiten zum "Volkstrauertag" im Münchner Hofgarten aufgrund der Corona-Pandemie entfallen, legen Angehörige der **Burschenschaften "Arminia-Rhenania"** (ADB) und "Stauffia" (DB) dort am 15. November 2020 Kränze nieder, um den im Weltkrieg gefallenen Soldaten zu gedenken. Neben dieser sonst zentralen Veranstaltung, bei der Korporierte in Couleur (Band und Mütze) auftreten, organisieren die Verbindungen Veranstaltungen in den Häusern.

Am 20. Juli 2020 richtet die Burschenschaft "Danubia" (DB) laut Berichten eine "Kolonialparty" aus. Die Gäste der Veranstaltung tragen Tierkostüme, Kolonialhelme oder haben sich das Gesicht schwarz angemalt ("Blackfacing"), im Hintergrund läuft Marschmusik.

Die Burschenschaft "Alemannia" (DB) veranstaltet im Zuge von Burschenschaftlichen Abenden Zoom-Vorträge bspw. zum "rechtlichen Status der Hagia Sofia" statt. "Im Hinblick auf die kürzlich vorgenommene Umwandlung in eine Moschee" sollte die Geschichte des Weltkulturerbes beleuchtet werden.

Ende Juni 2020 postet die Burschenschaft "Stauffia" (DB) auf ihrem Instagram-Account das Bild einer Dampflokomotive der Baureihe 06 der Deutschen Reichsbahn inklusive Hakenkreuz und Reichsadler. Kurz darauf löschen sie das Bild wieder aus der Timeline und erklären, dass es sich um ein Versehen gehandelt habe. Im Februar spricht ein Redner im Zuge einer Semesterabschlusskneipe der "Stauffia" über die "Fridays for Future-Panikmache".

Am 18. September 2020 postet die Burschenschaft "Cimbria" (DB) eine Instagram-Story mit dem Slogan "Reconquista". Der Begriff wird innerhalb der "Neuen Rechten" verwendet, um zu einer (erneuten) Rückeroberung Europas aufzurufen, da es durch eine vermeintliche "Invasion" von Muslim*innen islamisiert werde.

Die Burschenschaft "Franco Bavaria" veranstaltet am 7. März 2020 eine "Corona-Kneipe" und beherbergt im Zuge einer Kneipe des "Münchner Deputierten Convents" (MDC) am 18. August 2020 mehrere Burschenschafter in ihrem Haus. Der MDC ist ein seit 2014 bestehender Zusammenschluss der vier Münchener Burschenschaften "Arminia-Rhenania", "Franco-Bavaria", "Sudetia" und "Stauffia".

Die offene Zusammenarbeit mit der extrem rechten Burschenschaft "Danubia" vermeiden die sich gemäßigt gebenden Burschenschaften wo immer möglich. Bei Mensuren wird jedoch deutlich, dass diese Distanzierung Makulatur ist. So kündigte die Burschenschaft "Franco Bavaria" an, dass am 29. August 2020 ein Mensurtag des **Münchner Burschenschaftlichen Waffenrings (MBWR)** bei der Danubia in der Potsdamer Straße stattfinden sollte. Es liegen zwar keine gesicherten Informationen vor, dass diese interne Veranstaltung trotz

Corona stattgefunden hat, grundsätzlich betrachtet die FIRM "Erziehungsmethoden" wie die Mensur, bei der es immer wieder zu schwersten Verletzungen kommt, jedoch äußerst kritisch. Zahlreiche Burschenschaften und Verbindungen in München sind pflichtschlagend, bestehen also darauf, dass ihre Mitglieder mindestens einen Kampf mit scharfen Waffen absolvieren, bevor sie Teil des Lebensbundes werden können.

Eine der beiden Münchner Damenverbindungen, die 2013 gegründete "Bavaria Aurea", pflegt enge Beziehungen zu diversen extrem rechten Burschenschaften in München. Am 10. Oktober 2020 organisiert sie eine Weinverkostung zusammen mit der Freisinger Damenverbindung "Destina Magna". Diese findet bei der Münchner Burschenschaft "Stauffia" statt, da die "Bavaria Aurea" nicht über ein eigenes Haus verfügt. Ihr 7. Stiftungsfest feiert die Damenverbindung vom 5. bis 7. Juni 2020 in Teilen bei der Münchner Burschenschaft "Cimbria" in Bogenhausen.

"München-Chronik"

Durch die Recherche und Dokumentationsarbeiten von FIRM, den Kontakt zu anderen Akteuren des kommunalen Fachnetzwerkes und darüber hinaus, sowie der Zusendung von Informationen per Mail wurden FIRM 2020 um die 500 Vorfälle und Aktivitäten in München bekannt und tabellarisch erfasst. Ein Teil davon wurde auf Muenchen-Chronik.de veröffentlicht. Es handelt sich dabei zum einen um rassistische, antisemitische, LBGTIQ-feindliche, extrem rechte, rechtspopulistische und andere diskriminierend motivierte Vorfälle, Schmierereien, Angriffe und Übergriffe. Zum anderen auch um Kundgebungen, Demonstrationen, Veranstaltungen, Infostände und andere Aktionen entsprechender Gruppierungen.